
1465/A(E) XXIV. GP

Eingebracht am 22.03.2011

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag



der Abgeordneten Josef Bucher, Christoph Hagen, Gerald Grosz, Uschi Haubner
Kolleginnen und Kollegen
betreffend Aktionspaket zur Spritpreissenkung

Seit Jahresbeginn 2011 ist der Spritpreis an den Tankstellen regelrecht explodiert und um rund 11% gestiegen. Die gewaltigen Preissteigerungen haben ihre Ursachen sicherlich auch in der Preisentwicklung an den internationalen Röhölbörsen, wo bedingt durch die unsichere Entwicklung im Nahen Osten, der Preis für ein Barrel Öl gestiegen ist, er hat aber auch einen großen Anteil, der durch die Politik dieser Bundesregierung verursacht wird. Der ARBÖ hat herausgearbeitet, dass der Spritpreisrekord mehrheitlich internationale Wurzeln hat. Der enorme Preisantrieb bei Diesel ist zu 62 Prozent international bedingt und zu 38 Prozent hausgemacht. Bei Eurosuper 95 sind 57 Prozent auf den generellen Preisanstieg zurückzuführen und 43 Prozent hausgemacht.

Ein Blick auf die beiden Grafiken untermauert die Analyse des ARBÖ. Wären die Preiserhöhungen nur durch die Rohölpreise erklärbar, dann müsste nämlich Sprit an den Zapfsäulen weit unter den Preisen von 2008 liegen. Faktum ist: Die Preise sind annähernd gleich. Spitzenpreise haben mittlerweile allerdings bereits die 1,5 Euro-Grenze durchbrochen.

Vergleich Verbraucherpreise zu Rohölpreisen



Quelle: ARBÖ



Quelle: Tecson

Der Wirtschaftsminister ist aufgerufen auf internationaler Ebene dafür Sorge zu treffen, dass die enormen Schwankungen der börsengemachten Erdöl- und Spritpreise eingedämmt werden und endlich Transparenz bei der Preisfindung einkehrt. Der seltsame Gleichklang der Preiserhöhungen, die zumeist vor Feiertagen noch größer ausfallen, als sie dies vor „normalen“ Wochenenden tun, legt überdies den Verdacht von Preisabsprachen und Kartellbildung nahe.

Die Bundesregierung hat die angespannte Preissituation durch die Erhöhung der Mineralölsteuer noch weiter verschärft, statt durch vernünftige Maßnahmen Erleichterungen zu schaffen. So könnten etwa zum Beispiel die Spritpreise in Zukunft an den Zapfsäulen nur mehr mit zwei Nachkommastellen ausgepreist werden. Dies stellt eine erhebliche Erleichterung zum Preisvergleich für Autofahrer dar. Die Preise können so schneller ins Auge gefasst werden und sind daher auch leichter zu merken. Eine zweite Möglichkeit wäre an den Totems der Tankstellen die einzelnen Spritpreissorten immer in der gleichen Reihenfolge auszuschildern. Denkbar wäre auch eine österreichweite Übersicht über sämtliche Tankstellenpreise im Internet zu schaffen, wobei die Firmen dazu verpflichtet werden ihre Preisänderungen von sich aus ein zu melden. Zudem könnte der Wirtschaftsminister per Verordnung die Tageszeit ab der nur mehr Preissenkungen gestattet sind von 12 Uhr auf 9 Uhr vorverlegen.

Das Pendlerpauschale, wie es derzeit angewendet wird, ist sozial ungerecht und funktioniert nach dem Motto: Je mehr, desto mehr, d. h. wer mehr verdient, hat auch mehr vom Pauschale, während der durchschnittliche Pendler auf einem Großteil der Mehrkosten sitzen bleibt. Gerade schlechter verdienende Arbeitnehmer müssen aber oft auspendeln, um zu ihrem Arbeitsplatz zu gelangen.

Die Öffnung der Landestankstellen hat in den betreffenden Bundesländern gezeigt, dass im Umfeld dieser Tankstellen auch die anderen Tankstellen die Treibstoffe preislich deutlich unter dem sonst regional üblichen Preis angeboten haben. Es besteht überhaupt kein Grund, dass nicht auch die Tankstellen der Bundesstellen für alle Autofahrer geöffnet werden.

In Österreich gibt es noch dazu die Sondersituation, dass sich der größte Treibstoffproduzent- und händler mit der OMV zu 31,5 % in öffentlichem Besitz befindet. Allein im Jahr 2010 stieg der Gewinn um zwei Drittel, was seitens der OMV vor allem mit dem hohen Spritpreisen erklärt wird. Entsprechend hoch fiel auch die Steigerung der Dividende aus.

Der Finanzminister hält also beim Autofahrer gleich mehrfach die Hand auf: Einerseits bei der Mineralölsteuer, dann bei der Umsatzsteuer und nicht zuletzt durch die Dividendenzahlungen der OMV. Gerade im Hinblick auf die schwierige wirtschaftliche Lage und dem langsamen Anspringen der Konjunktur, wäre es aber notwendig, dass der Finanzminister Stärke zeigt und im Hinblick auf Kontrolle und Transparenz der Spritpreise.

Aus den genannten Gründen stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird ersucht, im Hinblick auf den dramatischen Anstieg der Spritpreise, dem Nationalrat ehestmöglich jene Schritte zu setzen, bzw. beschlussreife Gesetzesentwürfe zur aktiven Senkung der Spritpreise vorzulegen, die folgende Mindestanforderungen enthalten:

1. Senkung der Mineralölsteuer – zumindest im Ausmaß der Steuererhöhung 2011
2. Öffnung der Bundestankstellen, um einen positiven Wettbewerb zu erzwingen und die Aufforderung an die Länder die Landestankstellen ebenfalls zu öffnen
3. Einführung des "Luxemburger Modells" - einer marktorientierten Höchstpreisregelung, analog zu den Rotterdamer Börsepreisen
4. Einführung eines kilometerabhängigen Pendlerabsetzbetrages mit Negativsteuerkomponente, statt der Pendlerpauschale
5. Mehr Transparenz und Kontrolle - Tankstellenpreise sollen ab 09.00 Uhr morgens nur mehr gesenkt werden, statt wie jetzt ab 12.00 Uhr
6. Auspreisung der Spritpreise bei den Tankstellen nur mehr auf 2 Kommastellen
7. EU-weite Initiative zur Untersuchung von Preisabsprachen und Kartellbildung auf internationaler Ebene

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Finanzausschuss beantragt.

Wien, den 22.03.2011